

Geschäftsstelle: Herford, Kennstr. 29/31. Fernruf 83

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen: *Herforder Erzähler* (täglich), *Am Pflug* (monatlich zweimal), *Haus und Hof* (monatlich zweimal), *Fabrik und Handwerk* (monatlich einmal), *Für Jäger und Naturfreunde* (monatlich einmal), *Mode für Alle* (monatlich zweimal).

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

1916

Verdun u. die Argonnen
 In deutschem Besitz befindliche Orte sind unterstrichen.

0 5 10 15 km

MTB 1231

wort, mit dem englische Zeitungen jedesmal die Hubschrauber einer neuen Weltreise begleiten. Mäde der „Möwe“ beschreiben sich, sich einen gleichen Schreidensruf zu erwerben! Zum ersten Male ließ die „Möwe“ am 2. Februar von sich hören, als die „Appam“ unter deutscher Flagge in den amerikanischen Hafen Norfolk einfuhr.)

Centrale Uebersicht über unsere H-Boot-Beute.

von Haag, 24. Febr. „Nieuwe Rotterdamse Con-
viant“ schreibt: Soweit wir nach Zeitungsmedun-
gen konnten, ist das Ergebnis des deutschen
Unterseebootkrieges, der jetzt am 18. Februar ein Jahr
am Gange gewesen ist, folgendes:

Es wurden insgesamt 670 Schiffe verlost. Davon darzeln 611 Handelschiffe und 59 Fahrzeuge, die zur Kriegsmarine zu zählen sind. Von diesen Schiffen waren 439 englische, und zwar 244 Dampfer (einschließlich des holländischen Dampfers „Vauxstrum“, der für holländische Rechnung in England gebaut worden war, aber vor englischen Omnipotität beschlagnahmt wurde), 9 Segelschiffe, 117 Fischereifahrzeuge, 26 andere Fahrzeuge, 1 Motorboot, 5 Kreuzer, 12 Hilfskreuzer, Transport- oder Freizugschiffe, 5 Torpedoboote, 2 ägyptische Kanonenboote, 4 Unterseer, 2 Minenleger und eine Hebungsschiff. Frankreich verlor 44 Schiffe, und zwar 28 Dampfer, 5 Segelschiffe, 1 Fischereifahrzeug, 3 Unterseer, 3 Transportdampfer, 2 Kreuzer, 1 Hilfskreuzer und 1 Torpedoboot. Rußland verlor 29 Schiffe: Dampfer, 12 Segelschiffe, 2 Minenleger, 1 Torpedoboot, 3 Transportschiffe und 3 Kanonenboote. Italien verlor 28 Schiffe: 14 Dampfer, 4 Segelschiffe, 1 Motorhonor, 3 Kreuzer, 2 Torpedoboote und 4 Unterseebote. Belgien verlor 8 Schiffe: 6 Dampfer und 2 Fischereifahrzeuge. Norwegen verlor 54 Schiffe: 32 Dampfer, 20 Schoner und 2 Motorhonor. (Es waren dies hauptsächlich Schiffe, die Getreideholz nach England beförderten.) Schweden verlor 14 Schiffe: 10 Dampfer und 4 Segelschiffe. Dänemark verlor 12 Schiffe: 9 Dampfer, 3 Segelschiffe. Griechenland verlor 4 Dampfer. Spanien 3 Dampfer, Portugal einen Schoner, Holland 3 Dampfer; außerdem wurde die „Athens“ beschädigt. Amerika verlor 6 Schiffe; außerdem wurden 3 Dampfer von Unterseeboten angegriffen.

Bulgarien und Deutschland.

III. *Sofia*, 24. Febr. Wie hier von leitenden Persönlichkeiten, die von ihrer Reise nach Deutschland zurückgekehrt sind, geäußert wurde, haben sie die allerbesten Eindrücke gewonnen. Bei den gepflegten Besprechungen stellten sich die weitestgehenden Lebensereinsinnungen heraus. Bei der vollkommenen Harmonie der Ansichten beider Teile waren förmliche Unterhandlungen nicht erforderlich, da, sobald eine Frage angeschnitten wurde, sich auf beiden Seiten dieselbe Auffassung ergab. So konnte man sich auf einen ganzwollen Meinungsaustausch beschränken. Die allgemeine Stimmung ist durchaus zuverlässig, unbedingtes Vertrauen auf den Endsieg bildet den Grundton. Die bulgarischen Staatslenker überzeugten sich, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt ist und gewonnen den Eindruck, daß Deutschlands Macht unschätzblich ist. Auch die persönlichen Beziehungen zwischen den deutschen und bulgarischen leitenden Männern waren angenehmer Art. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Besuch im deutschen Hauptquartier die bulgarischen Staatsmänner vollkommen befriedigt hat und daß sie die angenehmen Erinnerungen daran bewahren.

Deutsches Kupferbergwerk in Serbien.

Sofia, 24. Febr. Der Ministerrath beschloß, das Kupferbergwerk Bor, das in dem von den Bulgaren eroberten Teile Serbiens liegt und das reichste auf der Balkanhalbinsel ist, den Deutschen für die Kriegsdauer zur Misshandlung zu überlassen.

General Sarrail über seine Begegnung mit König Konstantin.

III. Paris, 24. Febr. Aus Saloniki wird gemeldet: Der Korrespondent des Pariser „Journal“, der nach der Unterredung des Generals Carraiz mit dem König von Griechenland den General um seinen Eindruck befragte, erhielt vom General die Antwort: Ich fand Jhnen nichts sagen, aber ich bin entzückt von meiner Unterredung mit Seiner Majestät. Ich bin sicher, daß wir bald unseren Siegesmarsch antreten werden. Die letzten Erfolge der Kufen in Erzerum und Trapezunt werden gewiß die Krone auf vieles beschleunigen und ohne Zweifel die Bedeutung eines historischen Datums erringen. Der Korrespondent fügte hinzu, daß der König nach dem Empfang des Generals eine lange Unterredung mit dem Kriegsminister Kanakissas hatte. Der allgemeine Eindruck ist günstig.

Wilson lehnt ein Reiseverbot auf bewaffneten Handelsschiffen ab.

ht. Haag, 24. Februar. Die „Morningpost“ meldet aus Washington: Gestern morgen wurde im Weißen Hause offiziell mitgeteilt, daß Wilson unüberändert gegen jegliche Aktion des Kongresses wäre, wodurch Amerikaner gezwungen werden sollten, auf bewaffneten Handelsdampfern zu reisen. Die pro-deutschen Gruppen des Senats und des Abgeordnetenhauses haben mit der Einreichung von Entschuldigungen gedroht, die, sofern sie angenommen und von dem Präsidenten bestätigt würden, die Einführung eines Gesetzes zur Folge haben könnten, das den Amerikanern, die beabsichtigen, auf bewaffneten Handelsdampfern zu fahren, unmöglich machen soll, Risse zu erhalten, während

es jener derartigen Schiffe verboten soll, amerikanischen Häfen zu verlassen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob das Haus derartige Entschiedenheiten annehmen wird. Wilson hat zu verstehen gegeben, daß, sofern ihm solche Entschiedenheiten vorgelegt würden, er sofort sein Veto einlegen werde. Dies werde jedoch die pro-deutsche Gruppe nicht verhindern, über diese Frage im Senat u. Abgeordnetenhause eine Debatte zu entfeuern, obwohl der Präsident schon vor einiger Zeit erklärt hat, daß er auf freie ungehinderte Fahrt für alle Amerikaner bestehen werde. Angehörigen der Vereinigten Staaten müsse es frei stehen, mit welchem Dampfer sie zu fahren gedächten. Auch habe er erklärt, darauf zu bestehen, daß selbst, wenn ein solches Schiff zu Verteidigungszwecken benannt sei, es nicht ohne vorhergehende Warnung und genügende Sicherheit für die an Bord befindlichen Personen versenkt werden dürfe.

Auflösung der Roosevelt-Partei.

11. Rotterdam, 25. Febr. Aus Newyork wird gemeldet, die Roosevelt-Partei habe die Auflösung ihrer sämtlichen Ortsgruppen und die Wiederangliederung an die republikanische Partei beschlossen.

Russische Geschütze in
einem Massengrab.

lj. Budapest, 25. Febr. Aus Krasau wird gemeldet: In einem großen russischen Massengrab bei Zwangorod fanden die österreichisch-ungarischen Truppen vor einigen Tagen vierzehn russische Geschütze größten Kalibers vor, außerdem eine große Menge Geschwre, Munition und Etaheldraht.

Vom letzten Fliiegerangriff auf Norditalien.

Hj. Lugano, 25. Febr. Der Schaden des letzten österreichisch-ungarischen Luftangriffes auf Oberitalien wird auf 1½ Millionen Lire beziffert.

König Nifita als Gefangener in Lyon.

Hf. Genf, 24. Febr. Aus Lyon wird gemeldet: Dem König von Montenegro wurden die für seinen Hof gewünschten Auslandspässe verweigert. Der König bleibt auf Verfügung der Verbandsstaaten in Lyon.

Stürmer-Programm.

Petersburg, 24. Febr. In der Duma nahm gestern Ministerpräsident Stürmer das Wort. Dieser betonte die Schwierigkeit der Lage und stellte den unerschütterlichen Entschluß der Regierung fest, den Kampf in unziger Solidarität mit den Alliierten bis zum entscheidenden Sieg fortzusetzen. Die Regierung sei dessen sicher, darin mit der Duma übereinzustimmen. Der Krieg habe Rußland überfallen, in dem Augenblick, wo seine innere Organisation kaum begonnen hatte. Die Reorganisationsarbeit kam gezwungenermaßen zum Stehen und die Aufmerksamkeit der Regierung und der Gesellschaft mußte sich darauf richten, für die Notwendigkeit innerer außerordentlich ausgedehnter Front zu sorgen. Die Regierung führt fort, auf den Patriotismus der Bevölkerung zu rechnen. Stürmer fordert dann das Gans auf, sich Schwächen und Fehler nicht zu verhehlen, sondern zugleich seine Bemühungen zu vereinen und mir an die Zukunft zu denken, die zweifellos glänzend sein werde. Stürmer wies dann auf die Veränderungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens Rußlands hin. Die Bande, die auf den Sitten des Landes beruhen, sind durch die Bande der wirtschaftlichen Interessen ersetzt. Diese Veränderungen machen es notwendig, mit der größten Vorsicht vorzugehen. Die Regierung würde strafbar sein, die ins Blaue hinein handeln würde, da, wo die Lage die fortwährende Unruhe erfordert. Arbeit, Entschlossenheit und Sieg, das soll jetzt die Grundlage unseres nationalen Denkens sein. Vor allem sollen die kirchlichen Gemeinden nach den religiösen und sozialen Bedürfnissen des Landes geändert werden. Dann kommt die Veränderung der ländlichen Gemeinden (Volost) entsprechend den Bedingungen des modernen Lebens, die sich geändert haben. Die Arbeiterergliederung muß die Aufmerksamkeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaft auf sich lenken. Der Redner schloß, indem er die Erklärung der Regierung über die Einigkeit des Volkes die nationale Aufrechterhaltung und das widerliche Polenwolt, das sein eßes Volk in dem Kampfe gegen den ewigen Feind der Slaven verziehe, wiederholte. Der Glat, sowie die dringenden Verteidigungsmaßnahmen müßten ohne Aufschub erörtert werden. Die Regierung wisse wohl, daß in der Duma Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ohne in eine eingehende Kritik dieser Meinungen sich einzulassen, verpflichtet sich die Regierung von jetzt an sämtliche Meinungen bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen inbetracht zu ziehen. Er lege eine große Wichtigkeit der den beiden Kammern zustehenden Gesetzesinitiative bei. Er befürwortete einmütig, daß die Duma sich durch Väterlandsiebe leiten lasse, in den Fällen, wo die Parteileidenschaften sie verleiten würden, dem Gefühlen nachzugehen, zum Schaden des Staatsinteresses. Stürmer führte an, daß die Regierung den Minister des Innern beauftragt habe, drei der Initiative der Duma ent springende Gesetzesanträge zu bearbeiten und zwar betreffend die kleinen landwirtschaftlichen Gemeinden, die allgemeine Reform des städtischen Statuts und die Einführung der Zensuren in Sibirien. Er schloß mit einer Aufforderung an die Duma, dem Beispiel der Söhne und Brüder zu folgen, die die Bevölkerung der Welt durch ihren unigen Mut hervorrief, dieser Helden, die das Feuer des Feindes anstacheln, ohne sich durch irgendwelche innere Streitigkeiten irreführen zu lassen. Er erinnerte an den Kaiserlichen Erlass an die Land- und Seestreitkräfte, der verkündete, daß ohne einen entscheidenden Sieg das geliebte Rußland weder seine Unabhängigkeit noch seine Rechte, seine Arbeit oder seinen Reichtum zur Geltung bringen könnte.

Nachdem verlas das Dumanitzigste Schilowski ein

Erklärung des fortschrittlichen Blokes,
der sich aus folgenden Parteien zusammensetzt: Fort.

christliche Nationalisten, Zentrum, Zemswostobriszen, Dumamottobristen, Progressisten und Kadetten. Medner erklärte, daß die vom Präsidenten der Duma gegenüber den herrschenden Verteidigern des Vaterlandes ausgesprochenen Gefühle auch die seinigen seien. Das Vaterland ehre das Gedächtnis der gefallenen Helden. Er sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ihre Opfer Früchte tragen werden. Der von ihnen gebahnte Weg werde bis zu Ende geführt werden (Beifall). Der gegenwärtige Kampf werde die Frage lösen, ob die friedlichen Beziehungen der Völker auf den Grundgesetzen der Unverletzlichkeit der Verträge und der Freiheit der Nationalitäten wieder hergestellt werde, oder ob die dunkeln Ansprüche allgemeinen Geltung gewinnen werden. Jeder Gedanke an einen

vorzeitigen Frieden,

der auf Grund eines provisorischen und unsicheren Kompromisses geschlossen wurde, müsse mit Entrüstung zurückgewiesen werden. (Kehsther Beifall.) Ausland, das zu jenen Verbündeten Vertrauen hat, ist bereit, zu einem langen Kampf, dessen Dauer das Gewissen des Landes nur festigt, da die Notwendigkeit, alle Kräfte besser zu organisieren und auszunutzen, den Krieg wirklich vollständig gemacht hat. Vor einem halben Jahre schuf das Verlangen dieser großen Notwendigkeit eine vom ganzen Lande unterstützte Majorität in der Duma. Inzwischen wurde die Gründung des Bundes der nationalen Verteidigung, an dem die ganze Nation teilnehmen sollte, durch eine unerwartete Vertagung der Duma unterbrochen. Im Innern ist der geheimenissen Bedürfnisse einer Konzentration der Anstrengungen der Nation widerstande sich die Regierung dem einzigen Gedanken des ganzen Landes, Der allgemeine Wille des Volkes, Vertrauen in seine Regierung setzen zu können, wurde bösschter Weise als ein Kampf um Macht ausgesetzt. Die Einföhrung der Kammer wurde zweimal aufgeschoben. Die nationalen Kräfte wurden in anfruchtbarer Weise genutzt. Der demoralisierende Einfluß der Inzuffriedenheit und Gleichgültigkeit lähmte den großen nationalen Schwung. Die Unfähigkeit der Behörden gestörte das Wirtschaftsleben des Landes und hinderte die Ausbeutung seiner Reichtümer. Der Mangel an Voraussicht in den wirksameren Maßnahmen der ordentlichen und außerordentlichen Behörden, die Unordnung in der Anfsicht der Lebensmittel, die maßlose Preissteigerung der notwendigen Waren, Mißbrauch der Gewalt und Unterschleife, alles das schuf das Bild einer durch den wahren Stand der Dinge keineswegs gerechtfertigten Not, die Unmöglichkeit die Aufgaben auszuführen, die die Regierung auf sich genommen hat, hat dieser Lage durch den Rücktritt Gorenmytins eine indirekte Bestätigung erfahren, der für die verhängnisvollen Folgen der Zätfik der Zweitracht verantwortlich ist.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 24. Februar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus verlief die Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern bisher ziemlich friedlich. Allgemein wurde die Ruhe in der Bevölkerung und das Einleben in die veränderten Verhältnisse anerkannt, die Notlage des Hausbesitzes hervorgehoben und der Wunsch geäußert, daß im Theater- und Kinowesen dem Ernst der Zeit Rechnung getragen werde. Abg. Cassel von der fortschrittlichen Volkspartei besprach besonders die finanzielle Schwierigkeiten der Gemeinden und wünschte, daß ihnen bald durch staatliche Mittel geholfen werde. Auch das Kapitel der Kriegsfürsorge und der Wohltätigkeitspflege fand eingehende Behandlung. Der Sozialdemokrat Paul Hoffmann führte Beispiele über Versammlungsverbote und Saalabtreibungen und kam dann auf das Wahlrecht zu sprechen. Freiherr v. Zedlitz stellte sich dabei wieder auf den Standpunkt, daß man mit einer Reformvorlage erst kommen dürfe, wenn über die Grundlagen eine gewisse Verständigung erzielt sei. Bei diesen Darlegungen kam es zu einigen heftigeren Zusammenstößen mit den Sozialdemokraten.

Der Minister v. Löbbeck ging auf die einzelnen Anregungen und Beschwerden ein, wobei er besonders die schwierige finanzielle Lage der Gemeinden anerkannte. Die Regierung will alle möglichen Maßnahmen zur Erleichterung der Gemeinden ergreifen — wenn es nur bald kommt! Worte lebhafter Anerkennung fand der Minister für die treffliche Entwicklung unserer Sparkassen und ihre großzügige Mitwirkung bei den Kriegsanleihen. Beschränkungen der öffentlichen Vergütungen sind während der Kriegszeit notwendig. Zu weit will der Minister auf diesem Gebiete nicht gehen, und in dieser Hinsicht wird man ihm durchaus zustimmen müssen; mit vollem Recht betonte er die Notwendigkeit eines gewissen Humors gerade auch in der jetzigen Zeit. Erfreulich war auch, daß der Minister eine Ehrenrettung der Berliner Bevölkerung gegenüber gewissen Angriffen vornahm und sich zu der modernen Ansicht bekannte, daß eine gewisse Rücksicht auf die Verhältnisse einer großen Weltstadt wie Berlin genommen werden mußte. Die Grundzüge dieser Ausführungen — Fernhalten von frivol und lauten Lustbarkeiten, schlüpferigen Theater- und Kinovorstellungen, Verbot der Animierteiken, auf der anderen Seite keine übertriebene Prüderie und keine Verhinderung von Lebenslust und Zerstreuung — konnten, wie gesagt, gern gebilligt werden. Vom Wahlrecht laute der Minister nichts!

Neues von den Zeppelinwerken.

Vom Bodensee wird dem „Berner Bund“ geschrieben:

Die ganz erstaunliche Tätigkeit, die seit einer Woche die deutsche Kriegsluftschiffahrt mit ihren fähigen Fahrten nach Mittelengland, ins Zentrum der englischen Industrien, entwickelt, lenkt die Blicke wieder einmal nach der Geburtsstätte der großen Zepeline, an den Bodensee. Und in der Tat, wer hier lebt und offenen Auges verfolgt, was ihm zu sehen vergönnt ist, der wird sich kaum so sehr verwundern über das, was in der neuesten Zeit im Luftkriege deutscherseits geleistet wird. Wenn man auch nicht in die Geheimnisse der gigantisch angewachsenen Zepelin-Werksstätten in Friedrichshafen eindringen kann — übrigens ist das überall viel weniger streng abgeschlossen, als man glauben sollte —, so kann doch jedermann als unbefangener und unbeflätigter Zuschauer auch schon vom schweizerischen Ufer aus eine hülle interessanter Beobachtungen machen. Da ist in erster Linie eine Tatsache festzustellen, die von Bedeutung ist: nämlich, daß in den Luftschiffwerften, in denen Tausende von Arbeitern Tag und Nacht ununterbrochen arbeiten, durch die Heranziehung und Erstellung aller Hilfsfabriken eine Organisation geschaffen ist, daß nun jede Woche ein bis zwei neue Luftkreuzer an die Front abgehen können. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein neuer Zepelin eine Probeflüge macht und oft bis nahe ans Schweizerufer kommt.

In der Maybach-Motorenfabrik, die der Zeppelinwerft angegliedert ist, ratern unausgeseiht die Hallenprobe unterworfenen Luftschiffmotoren; sie müssen namentlich zur Erprobung der Lager 24 bis 48 Stunden ununterbrochen laufen, bevor sie in die Luftschiffe eingebaut werden. Wenn in kalten Nächten der Nordwind über den See streicht, so trägt er das gewaltige Surren und Rauschen, als wär's hoch oben in unsern eigenen Gängen, bis in die verschlossenen Zimmer in den schweizerischen Überorten und wohl noch viel weiter.

Die Probefahrten selbst sind nicht bloße Fahrproben, sondern durchaus kriegsmäßige Manöver. Form und Dimensionen der Zepplene haben sich gegenüber den ursprünglichen Typen wesentlich verändert. Die allerneuesten Fahrzeuge sind viel länger als früher, dabei schlanker, mehr fischförmig, die beiden Gondel hängen tiefer, ein Laufgang zwischen denselben scheint nicht mehr vorhanden zu sein, oder aber er muß vollständig in den riesigen Tragkörper eingebaut sein, so daß er äußerlich unsichtbar bleibt; die Gondeln sind gepanpert, jede soll mindestens sechs Maschinengewehre und ein bis zwei kleine Geschütze, sowie besondere Apparate zum Abwerfen von Bomben und wiederum besondere Vorrichtungen zum Lancieren von Raketorpedos besitzen. Die auf frühern Kriegsluftschiffen geübene Plattform für Maschinengewehre oben auf dem Tragkörper ist nicht mehr wahrzunehmen. Die Spitze des neuen Typs zeigt metallischen Glanz bis ungefähr einem Fünftel der Gesamtlänge; Tatsache ist, daß der Zeppelein-Luftschiffbau das Schoop'sche Metallspritzverfahren angekauft hat und wahrscheinlich zur Metallsicherung eines Theiles der Hülle verwendet. Die Steuerung ist vereinfacht und kleiner geworden, die Motore jedoch bedeutend verstärkt, was schon aus dem mächtigen Lärm hervorgeht.

Die kriegsmäßigen Manöverfahren über dem See sind außerordentlich interessant. Man sieht nicht nur, daß die Zeppeline bedeutend an Schnelligkeit und Wendefähigkeit, besonders im Steigen, ungenommen haben, sondern man kann auch Klugen- und Ehrenzeuge von Maschinengewehrübungen sein; das typische Klattern dieser unheimlichen Waffe hebt sich hell und stark aus dem Motor- und Propellergeräusch heraus. Ferner sieht man Versuche mit Rauchgasen, die plötzlich wie steigende oder sinkende Nebelwolken von räumlich großer Ausdehnung sich um das Lustschiff legen; wenn überhaupt neblige Witterung herrscht, so verschwindet das Fahrzeug tatsächlich plötzlich auf fast geheimnisvolle Weise. Wer dies zu beobachten Gelegenheit hatte, der begreift leicht, daß es den Barikern und Engländern einfach unmöglich war, die Zeppeline zu sehen und zu bekämpfen, auch wenn sie nicht in so großer Höhe, wie die Berichte sagten, geflogen sind, Höhen, an deren Erreichung überhaupt stark zu zweifeln ist.

Besonders interessant sind Nachübungen. Da arbeitet das Luftschiff, das meistens — wenigstens wenn nicht Vollmond scheint — unsichtbar bleibt, mit Scheinverfern und Leuchtgeschossen. Die gepeitscht hoch über dem See die dunkle Atmosphäre minutenlang erhellen, in verschiedenen Farben aufleuchten und eine ganze Sprache zu reden scheinen. Viel hört man von den geheimnißvollen neuen Lufttorpedos, welche die Zepeline nun schon seit langem vorbereiten. Beobachten läßt sich da natürlich nichts, aber hin und wieder entschlüpft einem fingerweithen eine Andeutung, die darauf schließen läßt, daß es sich da um eine sehr wichtige neue durchbare Luftfahrzeugklasse handelt.

Der deutsche Zeppelin, der vor unsern Augen eine Probeflüge absolvierte, trug die Nummer „L. 95“. Es besteht aber noch eine weitere Nummerierung, die bloß „L. . . .“ signiert ist (ohne 3.), so daß also ungenau ist, daß die deutsche Luftflotte die Parajaval-Luftschiffe nicht mitgerechnet, weit über hundert Einheiten zählt.

(„Berner Bund“.)

Herfo

Gorgen

Die am 20. Konferenz von
arbeitgeberverband
licher Tabakar
deutschen Zigar
hlos in der B
Tabakindustrie
Obwohl seit
leren Detanje
Reichseinnahme
chen Tabakar
regierung werd
bereits so auf
Opfer auszu
Finanzwirtschaf
rungen gefest
so kann es nid
setzung sein
zu verteilen.
teilung der La
Einkommen un
beabsichtigt, wo
der Tabakin
mehreren Sum
deutet das in
welche die Tabo

starke
von der sie sich
Noch heute, im
die Zigarrenin
schlossenen Wer
mag annehmen
daß die komme
ten getragen w
dig zu, insbeso
ganges. Nicht
Investierung
deren Verzinsu
werden muß, n
nahmen die Er
lere und kleine
aber werden e

der Tabakindustrie schwere Bedrückung der Arbeiterschaft stellt. Haupt. Noch in ruhiger Beschäftigung mit starkem Gewinn, und ich höhere Summen vor 1909, im müssen.

Außerorden-
tern, hauptsäch-
Belastung, ihr
andere Arbeit
Eine erweiterte
beitslosigkeit v
wenn die Bela-
mehrere Hund-
soll, zu Tausen-
arbeiterchaft
ertragen. Hin-
die Verlegung

sein wird, so
die Tabakindu
schädigt werde
der Tabakindu
zum Schaden
breitet wird.

Nicht un-
endigung des
allem ihrer
stehen. Der
Heereslieferun-
mäßig günstig
trotzdem behan-
Tabakindustrie
befindet. Nach
Konsum an
auf die noch a-

ente erhebliche
ohne Steuerer-
treten wird, d
gen sein müß
während der
rinnen, vor
neu angelert
tausende Tab
rück. Drückt d
erhöhung, wi
damit auf die
wie groß das
in Aussicht st
Tabakarbeiter
lasten, die der
also demnach
übrigen Staat
gez leiden soll
Aus allen
die heutige R
schen Tabakar
tere Belastun
ernstesten Pro

rfen.
und" ge-
it einer
it ihren
Zentrum
nt die
tte der
in der
verfolgt,
sch kaum
neuesten
t wird.
r gigan-
n Fried-
ist das
als man
ann als
r auch
r Fälle
ist in
in von Be-
verferten,
d Nacht
ziehung
Organi-
ein bis
en kön-
icht ein
oft bis
Zeppes-
ie die
motoren;
r Lager
n, bevor
enn in
streicht,
aufsehen,
ern, bis
gerischen
e Jahr-
an über,
ben sich
eientlich
ind viel
r sich-
in Kauf-
hr vor-
indig in
daß er
gepan-
gewehre
sondere
wieder-
n von
Kriegs-
schimen-
t mehr
ps zeigt
sttel der
in-Luf-
ren an-
ffierung
er sind
tore je-
n mäch-
er dem
in sieht
Schmel-
Steigen
n auch
gewehre
nheim-
us dem
er sieht
ch wie
nämlich
f legen;
so ver-
auf fast
bachten
es den
ch war,
ch wenn
sagen,
g über-
en. Da
nigstens
bleibt,
gepen-
osphäre
en auf-
einen.
neuen
von seit
natür-
einem
schlichen
ne neue
Augen
ner R.
Num-
(ohne
deutsche
tgerede-
nd.")

Herford und Minden-Ravensberg.

25. Februar.

Sorgen unserer Tabakarbeiter.

Die am 20. Februar in Frankfurt a. M. tagende Konferenz von Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter und des Gewerkschafts der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (S.-D.) beschloß in der Frage einer stärkeren Belastung der Tabakindustrie folgende Rundgebung:

Obwohl seit längerer Zeit Gerüchte einer stärkeren Heranziehung der Tabakindustrie zu den Reichseinkommen laut wurden, glaubten die deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die Reichsregierung werde sich scheuen, einer Industrie, die bereits so außerordentlich hoch belastet ist, weitere Opfer aufzuerlegen. Wenn auch der Krieg an die Finanzwirtschaft des Reiches ungeheure Anforderungen gestellt hat und ferner noch stellen wird, so kann es nicht Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung sein, die entstehenden Lasten einseitig zu verteilen. Gerecht ist nur die gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Volksglieder nach Einkommen und Vermögen. Wenn die Regierung beabsichtigt, woran leider nicht mehr zu zweifeln ist, der Tabakindustrie eine weitere Belastung von mehreren Hundert Millionen aufzubürden, so bedeutet das in Anbetracht der hohen Summen, welche die Tabakindustrie bereits zu leisten hat, eine

starke Lähmung dieser Industrie.

von der sie sich kaum jemals wieder erholen kann. Noch heute, im Jahre 1916, hat sich insbesondere die Zigarrenindustrie von der im Jahre 1909 beschlossenen Wertschätzung nicht erholt. Die Regierung mag annehmen, wie bei früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird; das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht für die Zeit des Uberganges. Nicht nur, daß die Tabakindustrie zur Investierung größerer Kapitalien gezwungen ist, deren Verzinsung gleichfalls herausgewirtschaftet werden muß, wie sie, wie bei anderen Steuermaßnahmen die Erfahrung gelehrt hat, zahlreiche mittlere und kleine Existenzen vernichtet. Vor allem aber werden es

die Arbeiter und Arbeiterinnen

der Tabakindustrie sein, wie früher auch, die in schwere Bedrängnis geraten werden. Dabei ist die Arbeitererschaft der Tabakindustrie die schlechtest gestellte unter der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Noch bis unmittelbar vor dem Kriege, also in ruhiger Zeit, hat die deutsche Tabakarbeitererschaft mit starker Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, und ihre Organisationen haben erheblich höhere Summen für Arbeitslosenunterstützung als vor 1909, im ganzen und pro Kopf, ausgeben müssen.

Außerordentlich schwer wird es den Tabakarbeitern, hauptsächlich infolge der starken steuerlichen Belastung, ihre niedrigen Arbeitslöhne, so wie es andere Arbeitergruppen vermögen, aufzubessern. Eine erweiterte Belastung wird nicht nur die Arbeitslosigkeit vermehren. Die Entlassungen werden, wenn die Belastung, wie in der Presse angekündigt, mehrere Hundert Millionen (! die Red.) betragen soll, zu Tausenden erfolgen. Das kann die Tabakarbeitererschaft mit dem besten Willen nicht mehr ertragen. Hinzu kommt, daß eine weitere Folge die Verlegung der Betriebe

nach abgelegenen Dörfern

sein wird, so daß ganze Ortschaften, in denen jetzt die Tabakindustrie stark vertreten ist, schwer geschädigt werden, wie auch außerdem noch die in der Tabakindustrie stark verbreitete Heimarbeit zum Schaden der Volksgesundheit noch weiter verbreitet wird.

Nicht unberücksichtigt zu lassen ist, daß nach Beendigung des Krieges der Tabakindustrie und vor allem ihrer Arbeiterschaft schwere Zeiten bevorstehen. Der Krieg und die damit verbundenen Heereslieferungen haben zwar eine verhältnismäßig günstige Konjunktur geschaffen, doch darf trotzdem behauptet werden, daß sich selbst jetzt die Tabakindustrie in recht unsicheren Verhältnissen befindet. Nach dem Kriege wird ohne Zweifel der Konsum an Tabakfabrikaten, schon mit Rücksicht auf die noch anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, eine erhebliche Einschränkung erfahren, so daß auch ohne Steuererhöhung ein starker Rückschlag eintreten wird, dessen erste Folgen Arbeiterentlassungen sein müssen. Dabei kommt in Betracht, daß während der Kriegszeit viele Tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Webwarenindustrie, neu angelernt worden sind, außerdem fehlen Zehntausende Tabakarbeiter aus dem Heeresdienst zurück. Drückt dann noch eine solche ungeheure Steuererhöhung, wie geplant ist, auf den Konsum und damit auf die Tabakindustrie, so läßt sich ermeinen, wie groß das Elend ist, das den Tabakarbeitern in Aussicht steht. Nicht unerheblich ist, daß die Tabakarbeiter als Staatsbürger sowie zu den Lasten, die der Krieg bringt, herangezogen werden, also demnach doppelt und viel schwerer als alle übrigen Staatsbürger unter den Folgen des Krieges leiden sollen.

Aus all diesen Erwägungen heraus weiß sich die heutige Konferenz eins mit der gesamten deutschen Tabakarbeitererschaft, wenn sie gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie den ernstesten Protest erhebt und an Regierung und

Reichstag das Ersuchen stellt, von jeder weiteren Belastung der Tabakindustrie abzusehen.

Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so setzt die deutsche Tabakarbeitererschaft voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterschaft, zu schädigen; als solche kann die schematische Erhöhung der Zinlandssteuer, des Zolles, der Wertsteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmarke“ für Zigaretten nicht angesehen werden.

Die deutsche Tabakarbeitererschaft setzt weiter voraus, daß Regierung und Reichstag, die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos werdenden und in Not geratenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen entschädigen werden, wie sie auch andern, durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben.

Unsere Helfen.

Auszug aus der Verlust-Liste für den Landkreis Herford.

Gefreiter Heinrich Brune, Haber, an seinen Wunden gestorben, Inf.-Regt. Nr. 55, 3. Komp.
Karl Heppmann, Haus Bed, infolge Krankheit gestorben, Inf.-Regt. Nr. 218, 8. Komp.
Wilhelm Marten, Siedlungern, infolge Krankheit gestorben, Inf.-Regt. Nr. 171, 7. Komp.
Unteroffizier Wilhelm Oberdief, Kirchlingern, infolge Krankheit gestorben, Inf.-Regt. Nr. 171, 7. Komp.

Berichtigungen:

Friedrich Pape, Sundern, bisher verwundet gem., gefallen, Inf.-Regt. Nr. 78, 6. Komp.
Gefreiter Gottlieb Stude nicht Stude Löhne, bisher vermisst gem., gefallen, Inf.-Regt. Nr. 46, 3. Komp.

Butterkarte.

Vom 5. März ab darf die Zentraleinkaufsgesellschaft an Gemeinden und Kommunalverbände Butter grundsätzlich nur noch abgeben, wenn diese durch Einführung von Butterkarten oder durch sonstige wirksame Regelung des Verkehrs mit Butter die Gewähr leisten, daß der durchschnittliche Verbrauch von Butter in ihren Bezirken wöchentlich 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung nicht überschreitet. Die Ausgestaltung der Butterkarte im einzelnen bleibt dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Jedoch sind nachstehende Gesichtspunkte zu beobachten:

Die Zuweisung von Butter aus den Vorräten der Zentraleinkaufsgesellschaft wird immer für Zeiträume von je 4 Wochen erfolgen und den Gemeinden rechtzeitig mitgeteilt werden. Gemeinden, die ihrer Butterkarte einen durchschnittlichen wöchentlichen Verbrauch von 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zugrunde legen, haben deswegen keinen Anspruch darauf, daß ihnen von der Zentraleinkaufsgesellschaft eine entsprechende Buttermenge geliefert wird.

Kindern bis zu zwei Jahren werden bei der Zuteilung von Butterkarten in der Regel ausgenommen. Kinder bis zu 14 Jahren mit der Hälfte der für die Erwachsenen vorgesehenen Buttermenge zu berücksichtigen sein. Der Butterverbrauch der Gast- und Schankwirtschaften ist auf ein festes Kontingent in Höhe eines Bruchteils des bisherigen Durchschnittsverbrauchs zu beschränken. Buttermengen, die im Wege des Postverkehrs in den Gemeindebezirk gelangen, sind einer Anzeigepflicht zu unterwerfen. Wer solche Butter bezogen hat, muß sie sich auf die in der Butterkarte verzeichnete Menge anrechnen lassen.

Soborn bei dem Verkauf von Butter im Gemeindebezirk bisher Mißstände, insbesondere ein übermäßiger Andrang der Bevölkerung auf die Butterläden, hervorgerufen sind, ist durch geeignete Einrichtung der Butterkarte eine gleichmäßige und ruhige Abwicklung des Butterverkaufsgegeschäfts sicherzustellen. Nach dieser Richtung wird in größeren Gemeinden, namentlich eine Ausgabe der Butterkarte für die einzelnen Wochentage in verschiedener Farbe oder sonstiger auffälliger Kennzeichnung in Frage kommen.

Mit der Regelung des Butterverkaufs durch Einführung der Butterkarte wird zweckmäßigerweise eine Regelung des Margarineverkaufs Hand in Hand gehen. Die Herauslassung der Margarine aus dem Kartensystem würde den Nachteil haben, daß die Kopration bei Berücksichtigung lediglich der Butter sehr niedrig ausfallen müßte, während annehmen ist, daß die ärmere Bevölkerung wegen des hohen Preises der Butter vielfach den Bezug von Margarine an Stelle der Butter vorziehen, von der Butterkarte also keinen Gebrauch machen wird. Den Gemeinden bleibt anheimgestellt, auch die sonstigen Fette: Schweinefleisch, Rindfleisch, ausgeflossenes Rinderfett u. Speiseöl in die Verbrauchsregelung für Butter und Margarine einzubeziehen.

Bei der Verbrauchsregelung würde die wöchentliche Kopfmenge festzusetzen sein: für Butter allein auf höchstens 125 Gramm, für Butter und Margarine auf höchstens 180 Gramm, für Fett aller Art auf höchstens 250 Gramm.

Für einzelne schwerarbeitende Personengruppen (Feuerarbeiter, Kohlenarbeiter) ist nötigenfalls eine Erhöhung zu gewähren.

Sollte die Einführung einer besonderen Butter-(Fett-)karte bis zum 5. März 1916 nicht mehr möglich sein, so können die Gemeinden die Rationie-

rung des Butter-(Fett-)verbrauchs vorläufig mit Hilfe der Brotkarte etwa in der Weise vornehmen, daß die einzelne Person in der Woche nur einmal und nur gegen Vorzeigung ihrer Brotkarte die festgesetzte Höchstmenge von Butter (Fett) erwerben darf.

npt. Der nicht geübte Ankauf von Vieh für den eigenen Bedarf. Man schreibt uns: Aus der Fassung der von den Landeszentralbehörden erlassenen Anordnung über die Bildung von Viehhandelsverbänden scheint mehrfach die Befürchtung hergeleitet zu sein, daß durch die Einrichtung dieser Verbände der unmittelbare Handel zwischen dem Viehzüchter und dem Verbraucher unmöglich gemacht wäre, so daß ein Privatmann, der früher für den eigenen Bedarf ein Schwein unmittelbar vom Züchter kaufte, sich jetzt dazu der Vermittlung des Händlers bedienen müßte. Eine derartige Beschränkung ist jedoch bei der neuesten Regelung des Handels mit lebendem Vieh nicht beabsichtigt. Auf Grund der Verhandlungen, die in allen Provinzen zum Zwecke der Bildung der Viehhandelsverbände mit den beteiligten Kreisen geführt worden sind, ist in allen Sektionen der Verbände eine Bestimmung aufgenommen, aus der hervorgeht, daß im örtlichen Verkehr der unmittelbare Handel zwischen dem Viehzüchter und dem Verbraucher durch die Verbände in keiner Weise beeinträchtigt wird. Der nicht geübte Ankauf von Vieh für den eigenen Bedarf, soweit er sich im örtlichen Verkehr ohne Benutzung der Eisenbahn abspielt, setzt also nicht die Mitgliedschaft zum Verbände voraus.

— Gedent der hungernden Vögel! Nach dem Eintritt von Eis und Schnee hat für unsere geliebten Freunde in Wald, Feld und Garten die schwerste Zeit des Jahres begonnen. Wenn ihnen in dieser nicht durch Spende von Futter (Brot- und Fleischreste, Sämereien, Rübenabfälle usw.) geholfen wird, so müssen die armen Tierchen zu Grunde gehen. Auch in der Kriegszeit sei deshalb die herliche Bitte an alle Vogelfreunde gerichtet, unsere heimischen Vögel, die ja als Vertilger von Mäusen und anderen Schädlingen für unsere Landwirtschaft und vor allem für den Obstbau von der größten Wichtigkeit sind, gedenken und sie durch Verabreichung von Futter (nicht von Kartoffeln) an schneefreien Stellen, in Fensterbänken, auf Balkonen usw. vor dem Hungertode bewahren zu wollen.

g. Folgen des Bahnhofsumbaus. Sehr abhilfebedürftige Zustände haben sich hier am Bahnhof herausgebildet. Die aus Anlaß der Bahnumbau- und Unterführungsarbeiten provisorisch angelegten Fußwege befinden sich augenblicklich in einem geradezu unglaublichen Zustande. Infolge des Schneefalles der letzten Tage und dem regen Verkehr hat sich an manchen Stellen eine derartige Glätte herausgebildet, daß es Mähe kostet, vorwärts zu kommen. Diesem Uebel muß durch Streuen von Asche schnellstmäßig abgeholfen werden, bevor jemand dort zu Schaden kommt.

m. Die Bürgersteige bei Eis und Schnee. Die Polizei-Verwaltung nimmt Veranlassung, die Hauseigentümer bzw. die zur Reinigung der Bürgersteige verpflichteten Personen auf die Bestimmungen der Straßenpolizei-Verordnung nachdrücklich hinzuweisen, wonach die Bürgersteige an sämtlichen Straßen in ihrer ganzen Breite von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr frei von Eis und Schnee zu halten sind. Bei eingetretener Winterglätte müssen die Bürgersteige in ihrer ganzen Breite mit Sand, Asche oder anderen abstumpfenden Material bestreut werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Polizeibeamten sind angewiesen, auf die Befolgung dieser Bestimmung ganz besonders zu achten und Säumnisse zur Anzeige zu bringen.

— Der Kältefall. Der bedeutende Kältefall, der am Sonntag begann und sich in der Folgezeit Tag für Tag verschärfte, hat in der gegenwärtigen Jahreszeit eine durchaus der Regel entsprechende und kaum jemals ganz fehlende Witterungserscheinung, deren Intensität freilich diesmal doppelt fühlbar ist, da frühlingsmäßig warme und sonnige Witterung fast allzu lange schon vorausgegangen war. In den meisten Jahren stellt der große Kältefall im Februar sich schon 1½ Wochen früher ein als diesmal; dafür scheint er im gegenwärtigen Jahr besonders heftig werden zu wollen. Das starke Steigen des Luftdrucks im südlichen und mittleren Skandinavien berechtigt zu der Erwartung, daß die Wolkendecke rasch schwinden und daß dann die ungemessene nächtliche Ausstrahlung des schneebedeckten Erdbodens eine ziemlich beträchtliche weitere Erniedrigung der Temperatur bedingen wird. Der recht lebhafte Schneesturm, der an der Nordsee- und Ostseeküste sowie auf den Bergeshöhen volle Sturmstärke erreicht, läßt die an sich nur mäßigen Frostgrade wesentlich niedriger erscheinen, als sie wirklich sind. Die Dauer der neuen Kälteperiode des Winters läßt sich nicht ohne weiteres voraussagen. In den meisten Fällen pflegt die Februarperiode eine ½ oder 1 ganze Woche anzuhalten, doch erstreckt sich ihre Dauer gelegentlich auch über einen längeren Zeitraum. Der scharfe Frost bringt natürlich eine beträchtliche Gefährdung der schon ziemlich weit entwickelten, jungen Saat mit sich, doch ist zu hoffen, daß die leichte Schneedecke einen hinreichenden Schutz gewähren wird.

— Der Gewerbeverein hält am Sonnabend einen Vortragsabend ab. Dr. Burckhardt-Berlin wird über „Sittliches Gut im deutschen Volkslied“ reden.

Hedem b. Lübbecke, 24. Februar. Die Anlieger am Ems-Weiser-Kanal in hiesiger Gemeinde, welche Ende des verfloffenen Jahres durch Dammbruch des Kanals in ihren Ländereien Schaden erlitten hatten, sind sämtlich von der Kanalbauverwaltung in Hannover durch Abschätzung des Schadens und Vergleich auf gütlichem Wege entschädigt worden.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Offhorst, 24. Februar. In der Wohnung des Bahnhofswärters Heinrich Hauswilleme drangen nächtlicherweile Diebe ein und entwendeten aus der Räucherlampe Wurfwaren, im Werte von etwa 200 M.

Hamm, 24. Februar. Der Haupthaushaltsplan der Stadt Hamm für das Jahr 1916 hat gegenüber dem des Vorjahres nur unwesentliche Veränderungen erfahren. Er ist in Einnahme und Ausgabe auf 5 073 000 M gegen 4 918 700 M im Jahre 1915 festgesetzt. Der Gemeindefehlbedarf beträgt 1 440 000 M. Er soll gedeckt werden durch 220 % der Betriebssteuer, 2,8 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke, 210 % Zuschlag zur Gewerbesteuer und 230 % Zuschlag zur Einkommensteuer. Die Steuererträge der Stadt Hamm sind dank der weissen Sparmaßnahme, mit der man an die Aufstellung des Haushaltsplanes herangegangen ist, nicht erhöht worden. — Hamm zählt zur Zeit 46 000 Einwohner.

Hamburg, 23. Februar. Die Bürgerschaft bewilligte heute einstimmig ohne Debatte weitere 10 Millionen Mark für die Hamburg anlässlich des Krieges erwachsenen außerordentlichen Ausgaben. Nunmehr haben die für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel die Höhe von 119 Millionen Mark erreicht. Nach einer der Bürgerschaft heute zugegangenen Mitteilung des Senats, schließt die vorläufige Abrechnung des Staatsaushalts für 1915 statt des im Haushaltsplan vorgesehenen Fehlbetrages von 36 193 324,70 M infolge der nachträglich erfolgten, einschließlich der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Bewilligungen mit einem Defizit von 105 711 278 M ab, wobei die vom Reich zu erzielenden Ausgaben für Unterhaltung an Familien zum Heeresdienst eingezogener bei den Einnahmen nicht berücksichtigt sind.

Vergrabener Roggen.

Osnaabrück, 24. Februar. Durch einen Unfall wurde der Versuch eines Landwirts, 54 Zentner beschlagnahmten Roggen beiseite zu schaffen, aus Licht gebracht. Im benachbarten Jeter nahm nämlich eine Frau einen Richtweg über die Grundstücke eines Hofbesizers. An einer etwas abgelegenen Stelle fiel ihr eine neuangelegte Erdmiete auf. Bei näherem Zusehen ergab sich, daß die Miete noch nicht völlig geschlossen war, und die Frau entdeckte nun in einer mit Brettern abgedeckten Grube 27 Sack mit Getreide. Da ihr der Zweck dieses Aufbewahrungsortes nicht zweifelhaft war, erstattete sie Anzeige von ihrer Entdeckung, und die Behörde sorgte alsbald dafür, daß der Roggen an einen geeigneteren Platz gebracht wurde. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Besitzer der Grube von den ihm überwiesenen Kriegsgefangenen hatte ausheben lassen. Für das Fehlen der 54 Zentner an seinen festgestellten Vorräten suchte er sich in der Weise eine Rüdenbedeckung zu verschaffen, daß er sich nach Unterbringung des Roggens in der Grube zu dem Gemeindevorsteher begab und diesem erklärte, sie hätten sich bei der Bestandsaufnahme seines Roggens gewaltig geirrt. Er habe jetzt seinen Vorrat nachgewogen, und da hätten sich 50 Zentner weniger, als veranschlagt, ergeben. Der Roggen verfiel natürlich der Beschlagnahme, das dicke Ende kommt für den Besitzer aber noch nach.

Kruppsche Feldflüch für Rumänien.

rw. Butarest, 25. Februar. „Ditorul“ gibt eine Darstellung der kürzlich vom Senator Drescu besprochenen Angelegenheit der Kruppschen Feldflüch. Mitten in Verjuchen, die Armee mit Feldflüch zu versehen, wurde am 15. Oktober 1914 ein Vertrag abgeschlossen, in dem u. a. auch die Lieferung von 7000 Feldflüch vorgesehen war. Der Lieferant erhielt vertragmäßig außer dem Preise die Ausfuhrbewilligung für Getreide im Preise von 2000 Lei pro Bahnwagen, also 200—300 Lei teurer als der damalige Preis. Die Feldflüch wurden bei Krupp in Verndorf bestellt. Der Preis für das erste 1000 wurde festgesetzt, der Preis für die restlichen 6000 Stüd sollte mit Rücksicht auf den schwankenden Marktpreis später festgesetzt werden. Im April 1915 verlangte Krupp eine Preis-erhöhung von 400 000 Lei, die zugestanden und vom rumänischen Finanzministerium in einer Ausfuhrbewilligung für 480 Bahnwagen Getreide umgewandelt wurde. Alle 7000 Feldflüch kamen in tadellosem Zustande an, wofür 1130 Bahnwagen Getreide ausgeführt wurden, deren Ausfuhrzins in Gold gezahlt wurde. Diese Feldflüch dienen für eine Armee von 300 000 Mann. Die Kriegs-verwaltung bestellte im Inlande 100 Aluminium-feldflüch, die auch gut sind. Wie notwendig in-dessen die ausländische Bestellung war, geht aus dem Umstande hervor, daß die rumänische Armee vom Inlande mit nur 500 Rüchen versehen worden wäre, statt mit 7500, die sie heute hat.

Verantwortlich für den Text: vmd. Imperialenteil: Dr. Kühle, Gersford.

Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Elverdissersstrasse 174, aus statt.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Mutter erwiesene Teilnahme, sowie für die überaus zahlreichen Kranzspenden und trostreichen Worte des Herrn Pastor Hartmann sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.
Heinr. Eickmeyer nebst Kindern.

Diejenigen Haushaltungen, welche nicht unbedingt Fett benötigen, werden im Interesse der Allgemeinheit dringend ersucht, von den ihnen zugetheilten Fettarten keinen Gebrauch zu machen. Die Fettarten sind nicht übertragbar. Die Verkaufsstellen der einzelnen Fettarten werden noch bekannt gegeben.

Herford, den 23. Februar 1916.
Die Polizei-Verwaltung

liefert schnell und billig
Fr. Kuhle, Buchdruckerei.

Redner: Herr Dr. Burckhardt-Berlin.

Eintritt für Mitglieder frei, — für die Mitglieder an-
geschlossener Vereine 10 Pf., — für Nichtmitglieder 20 Pf.
Der Vorstand.

schwarz und farbig 2.30, 2.75 bis 4.50 Mk.

**Bielefeld,
Jahnplatz.**

en versendet franko per Nach-
nahme zu Mk. 6,50
Fr. Haase, Dessau.

Eisenbetonbau-Unternehmung.

ausburschen
Carl Wasmann
Neuer Markt.